



Niederschrift

59. Plenarsitzung des Gemeinderates
19. Dezember 2023, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

7.

Punkt 6 der Tagesordnung: Satzung der Stadt Karlsruhe über Gebühren für das Friedhofs- und Bestattungswesen (Friedhofsgebührensatzung)

Vorlage: 2023/1192

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen und im Hauptausschuss

- a) die Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über Gebühren für das Friedhofs- und Bestattungswesen (Friedhofsgebührensatzung), laut Anlagen 1 und 1a. Die Satzung tritt am 01.01.2024 in Kraft.
- b) die Einbeziehung der Kostenunter- und -überdeckungen der Jahre 2020 - 2022 in Höhe des saldierten Teilbetrages von -255.523,40 Euro in der Gebührenkalkulation 2024 laut Anlage 3
- c) die Zurückstellung der Entscheidung über die Verwendung der Kostenunter- und -überdeckungen 2021 und 2022 in Höhe von insgesamt saldiert -438.357,73 Euro laut Anlage 13.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitliche Zustimmung (33 JA, 5 Nein, 2 Enthaltungen)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 6 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen am 16. November 2023 und im Hauptausschuss am 5. Dezember 2023.

Stadträtin Böhringer (FDP): Herr Oberbürgermeister, Sie gestatten eine Bemerkung zu diesem Tagesordnungspunkt. Es ist gefährlich, kurz vor Weihnachten in Karlsruhe zu sterben. Letztes Jahr haben wir vor Weihnachten die Gebühren zum 1.1. erhöht. Jetzt sollen wir das

erneut tun. Ich frage mich, was dann 2025 passiert. Wir befürworten einen solchen, sagen wir, quasi Automatismus nicht, und wir lehnen diese Erhöhungen ab und auch die Vorlage.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Ich sage es jetzt mal so, wir verstehen die Situation und die Notwendigkeit, bei den steigenden Kosten mit den Gebühren nachzuziehen, weil letztendlich Deckungsgrad hatten wir gerade. Ich sehe es aber in dem Fall hier deutlich problematischer, weil ich mich frage, was passiert mit einkommensschwachen Familien. Ein Todesfall in der Familie bedeutet für solche Familien wirklich eine Katastrophe. Und ich glaube, dass nur die wenigsten dieser Familien dann den Gang zum Sozialamt finden. Mir würde sehr viel dran liegen, dass man sich Gedanken darüber macht, wie man mit einkommensschwachen Familien mit Todesfällen in dem Rahmen dann umgeht, damit auch für diese Familien die Möglichkeit besteht, in einer würdigen Weise Abschied zu nehmen von ihren Verstorbenen. Da sehe ich wirklich noch Handlungsbedarf. Wir werden uns deshalb bei dieser Gebührenerhöhung enthalten.

Der Vorsitzende: Ich fände es gut, bevor sich hier jetzt breitmacht, dass sich der Sozialstaat vor angemessenen Beerdigungen drückt, dass Sie eine Anfrage stellen und sagen, wie kann die Stadt Karlsruhe und wie können die Sozialleistungen Familien unterstützen, wenn sie einen Todesfall in den Reihen haben, für den sie selber finanziell nicht aufkommen können. Ich bin mir völlig sicher, dass es darauf auch eine angemessene Antwort gibt, wie eigentlich alles geregelt ist bei uns in der Sozialgesetzgebung. Deswegen finde ich, es zu verknüpfen mit einer schon in der Haushaltsberatung diskutierten Gebührenerhöhung ein bisschen kritisch, weil hier ein Eindruck erweckt wird einer akuten Notlage, die wir im Moment inhaltlich nicht überschauen können, von der ich aber ziemlich überzeugt bin, dass sie, wenn man zum Sozialamt geht, dort auch behoben wird.

Wenn wir jetzt sagen, wir dürfen keine Gebühren mehr erhöhen, weil die Leute, die dann zum Sozialamt müssten, vielleicht aber da nicht hingehen, dann würde ich sagen, dürfen wir überhaupt nichts mehr, was wir nach außen geben, irgendwelchen Kostensteigerungen anpassen. Also da kommen wir in eine Denke rein, Sie sind nicht die Einzige, Frau Stadträtin, wir haben ähnliche Argumente auch bezogen auf verschiedene andere Berufsgruppen, Lebenssituationen und alles Mögliche. Ich warne nur langsam davor, dass wir alles, was wir in den Haushaltsberatungen schon besprochen und auch abgestimmt haben, nochmal besprechen, wenn wir dann die konkrete Umsetzung hier in die Diskussion bringen. Und ich warne davor, dass wir mit dem Argument, die Menschen sind schon genug belastet und die, die einen Anspruch auf staatliche Unterstützung haben, nehmen vielleicht nicht den in Anspruch, und deswegen müssen wir dieses oder jenes nicht weiterführen, dass uns das auf Dauer in unkalkulierbare finanzielle Probleme, in denen wir übrigens auch ansonsten schon teilweise ein bisschen stecken, an der Stelle noch weiterführt. Das kann nicht die Grundlage hier aus unserer Sicht der Verwaltung von einer entsprechenden Gesamtverantwortung für die Stadt sein.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Für uns ist das, was eben von den LINKEN vorgebracht wurde, kein Argument, weil es wirklich Möglichkeiten gibt, für Leute, die wenig Geld haben, trotzdem zu einer würdigen Bestattung zu kommen. Wir wissen, dass die Stadt die Friedhöfe und das Bestattungswesen kontinuierlich unterstützen muss. Deswegen ist es auch sinnvoll, die Gebühren zu erhöhen, weil wir sind daran interessiert, dass wir weiterhin unsere Friedhöfe pflegen, so, wie es bisher der Fall ist. Viele von uns sind Friedhofspfleger. Man kann auf den Friedhof, dem man zugeordnet ist, wirklich stolz sein hier in Karlsruhe. Die

Friedhöfe sind generell in einem guten Zustand. Wir wollen, dass es weiter so bleibt. Deswegen hätten wir jetzt auch hier zugestimmt. Aber ich muss ganz ehrlich sagen, die Argumentation von der Frau Böhringer, dass wir erst letztes Jahr die Gebühren erhöht haben, das ist natürlich schon ein Punkt, und wahrscheinlich sollten wir jetzt mal aussetzen und dann vielleicht nächstes Jahr oder übernächstes. Deswegen werden wir heute dagegen stimmen.

Der Vorsitzende: Wir kommen damit zur Abstimmung, und zwar ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
4. Januar 2024